

Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher: Dr. Hermann...
Redaktion: ...
Druck: ...

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1990

Nr. 251

Dienstag, den 25. Oktober 1932

27. Jahrgang

Mussolini für Deutschlands Gleichberechtigung

Wenn Deutschland nicht aufrüstet — Eine Rede des Duce in Turin

Turin, 23. Okt. Mussolini stattete heute der Stadt Turin einen offiziellen Besuch ab. Die Behörden und die Bevölkerung bereiteten ihm einen begeisterten Empfang. — Vom Balkon des Regierungspalastes aus hielt Mussolini eine Rede, in der er eingangs seinen Dank für den ihm bereiteten Empfang aussprach, der seine Erwartungen weit übertraf. — Mussolini kam dann auf außenpolitische Probleme zu sprechen. — Die Energie des britischen Premierministers befindet sich heute das Reparations- und Kriegsschuldenschiff wohlgeborgen im Hafen von Lausanne. Aber er fragte weiter, will jetzt „das große Volk der Sternbannerrepublik“ das Schiff wieder auf die hohe See zurückführen, dieses Schiff, auf dem die Hoffnungen und Sorgen so vieler Völker ruhen? Als die Menge auf diese Frage mit einem lauten Nein antwortete, erklärte Mussolini: „Ich wollte, daß dieses Nein, das Ihr eben hier ausgesprochen habt, mit Donnerstimme über den Atlantischen Ozean hinüberdröhne und im Herzen jenes Volkes Widerhall findet.“ — Mussolini ging dann auf die Abrüstungsfrage ein. Er wandte sich dagegen, daß die von Italien vor der Abrüstungskonferenz vorgebrachten konkreten Vorschläge irgendwelchen machiavellistischen Berechnungen entspringen seien. — Aus dieser Grenzstadt, die niemals den Krieg gefürchtet hat, erkläre ich, so fuhr Mussolini fort, damit alle Welt es hört,

daß Italien eine Politik des wahrhaften Friedens treibt,

eines Friedens der Gerechtigkeit, eines Friedens, der Europa das Gleichgewicht wiedergibt, eines Friedens, der die Menschen wieder mit Hoffnung und Glauben erfüllt. Aber jenseits der Grenzen gibt es Narren, die dem faschistischen Italien nicht verzeihen, daß es auf dem Posten ist. Ihr jene rückständigen Ueberbleibsel ist allerdings der Faschismus ein unerhörter Skandal, denn seine Existenz dokumentiert, daß ihre Grundzüge von der Zeit überholt sind. Aber das Spiel ist bereits von Anfang an entschieden, denn diejenigen Grundzüge, die sich durchsetzen, werden über die veralteten Grundzüge siegen, die verfallen. — Mussolini wandte sich dann der Völkerverbundfrage zu. Ita-

lien werde auch weiter im Völkerverbund bleiben. Besonders heute, wo der Völkerverbund schwer krank sei, dürfe man ihn nicht verlassen. Da der Völkerverbund zu universal sei, verlieren seine Anordnungen im Verhältnis zu der räumlichen Entfernung an Wirksamkeit.

Wenn der Völkerverbund in Europa noch sein Wort wirksam sprechen kann, so bleibt dieses Wort ohne jede Bedeutung, wenn es sich um den Fernen Osten oder Südamerika handelt. Immerhin, erklärte Mussolini, glaube er, daß, wenn morgen auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Anerkennung der heiligen Rechte Italiens die erforderlichen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit der vier Großmächte in Westeuropa zustande kämen, Europa in politischer Beziehung beruhigt werden würde und daß sogar vielleicht die Weltkrise, die alle erfasst hat, zu Ende gehen würde. — Mussolini ging dann auf die deutschen Gleichberechtigungsforderungen in der Abrüstungsfrage ein. Er erklärte hierzu wörtlich: Auch in dieser Frage hatte der Faschismus bestimmte Gedanken und Richtlinien.

Die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung ist juristisch vollkommen berechtigt.

Je schneller man das anerkennt, um so besser wird es sein. Indessen kann Deutschland, solange die Abrüstungskonferenz dauert, in keiner Weise irgendeine Wiederaufrüstung verlangen. Wenn aber die Abrüstungskonferenz zu Ende ist und ein negatives Ergebnis gehabt hat, so wird Deutschland nicht im Völkerverbund bleiben können, falls nicht diese Unstimmigkeit aufgehoben wird.

Diese Äußerungen Mussolinis wurden von der Menge mit Beifall aufgenommen.

Dem außenpolitischen Teil seiner Rede schloß Mussolini mit den Worten ab: Wir wünschen keine Hegemonien in Europa. Wir werden gegen die Anerkennung von Hegemonien jeglicher Art sein, insbesondere aber dann, wenn eine Hegemonie eine Position offenkundiger Ungerechtigkeit verewigen will.



Der neue tschechische Ministerpräsident

Jan Malypetr, bisher Präsident des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses, hat die Führung des neuen Kabinetts übernommen. Sein Vorgänger, Dr. Udrizal, mußte aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amte scheiden. Malypetr erfreut sich auch in deutschen Kreisen höchster Achtung.

Dr. Brüning spricht in Mannheim

Mannheim, 23. Oktober. In einer Kundgebung der Zentrumspartei sprach Reichkanzler a. D. Dr. Brüning vor rund 10 000 Personen. Er bezeichnete es als politischen Fehler der jetzigen Reichsregierung, daß sie die Nationalsozialisten nicht an die Verantwortung gebunden habe, bevor sie den Reichstag auflöste. Sehr scharf wandte sich der Redner gegen die Erklärung des Reichstanzlers von Papen, daß bei den beiden Parteien, den Nationalsozialisten und dem Zentrum, nur die Absicht bestanden habe, sich gegenseitig hinter den Rücken zu führen. Ein Staatsmann hätte eine solche Verständigung zweier politischer Parteien im Interesse des Ganzen nur begrüßen sollen. Schwerste Opfer habe der Reichstag angenommen. Es bestehe aber die Gefahr, daß das Volk Rechte und Freiheiten verliere. Die Zentrumspartei wolle keine Rückkehr zu dem Parlamentarismus der Zeit vor 1930, sie wolle aber nicht, daß einem Volke, das so schwere Opfer 14 Jahre lang getragen habe, seine Rechte genommen würden. Was die Kontingentierungspolitik anbelangt, so meinte Dr. Brüning, daß die der Landwirtschaft gegebenen Vergünstigungen nicht zu erfüllen seien. Es habe sich ein Ring handelspolitischer Abwehr um uns gelegt, der die Arbeitslosigkeit nur vermehre. Man könne die Reichsregierung nur mahnen, seinen neuen Handtrock anzuhäufen, und so werde die Zentrumspartei ruhig der Wahl und dem neuen Reichstag entgegenzusehen. Dr. Brüning wandte sich dann gegen die Kapitalbeschränkung, die nicht einer erhöhten Produktivität gebiet habe, sondern für nichtproduktive Zwecke angewandt worden sei. Zur Frage der Außenpolitik erklärte der Redner, daß je mehr die anderen abrüsten, umso stärker Deutschland werde. Das Mißtrauen gegen uns sei heute in einem Maße gewachsen, wie seit Jahren nicht mehr.

Wahlaufruf der Staatspartei

Berlin, 23. Oktober. Die Leitung der Deutschen Staatspartei erläßt einen Aufruf an die Wählerschaft in dem es u. a. heißt: Wir wenden uns gegen die unheimlichen Diktaturgelüste und gegen die rückwärtigen Pläne auf Ausschaltung des Volkes und der Volkswertretung. Eine wirkliche Reichsreform, die den Dualismus zwischen Preußen und Reich beseitigt, die Reichsrat und Reichswirtschaftsrat zu organischer Einheit und Mitbestimmung in der Gesetzgebung verbindet und eine Wahlreform, die den anonymen Schematismus der Listen durch die klare Verantwortung der Persönlichkeit ersetzt und die das Wahllalter heraufsetzt, wurde stets von uns angefordert. Wir bekennen uns zum Privateigentum, zum Leistungsdenken und zur freischaffenden Unternehmerpersönlichkeit. Die Wirtschaft braucht Ruhe vor der Politik. Soll der deutsche Unternehmer wieder zu Kräften kommen, soll die Belebung der Wirtschaft die Not der Arbeitslosen überwinden, so ist eine schärfere Lastensenkung erforderlich. Die Kontingentierungspolitik und alle Autarkiebestrebungen sabotieren das Regierungsprogramm zur Aufrechterhaltung

Eine Erklärung des Reichswehrministers

Freiburg i. B., 22. Okt. Von dem in Badenweiler weilenden Reichswehrminister Freiherrn von Schleicher geht dem WZV. Freiburg folgende Erklärung zu: In Berlin wird die Nachricht verbreitet, daß ich meinen Aufenthalt in Badenweiler zu politischen Besprechungen benutze, die den Bestand des jetzigen Kabinetts gefährden könnten. Eine geradezu absurde Idee! Abgesehen davon, daß ich mit dem mir befreundeten Reichstanzler von Papen sachlich und politisch völlig übereinstimme, habe ich während meines Aufenthaltes in Badenweiler noch keine politische Persönlichkeit größeren oder kleineren Formats gesehen oder gesprochen und gedenke, das auch in Zukunft nicht zu tun. gez. von Schleicher.

Praktische kommunale Arbeitsbeschaffung

Berlin, 22. Oktober. Die Pressestelle des Deutschen Städtetages teilt mit, daß der engere Vorstand des Deutschen Städtetages sich lobend nach eingehender Vorbereitung abschließend mit der Frage eines kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms beschäftigt hat. Voraussetzung des kommunalen Arbeitsbeschaffungsprogramms ist für den Städtetag, daß die Finanzierung auf einem volkswirtschaftlich einwandfreien Wege durchgeführt wird, der alle Experimente auf währungsrechtlichem Gebiete vermeidet. Die Vergabe von ungedeckten zinslosen Krediten größten Ausmaßes, wie sie von anderer Seite vorgeschlagen worden ist, kann deshalb nicht in Frage kommen. Es wäre auch mit den Regeln einer gesunden Finanzwirtschaft unvereinbar, die laufenden, durch die Erwerbslosigkeit entstandenen Lasten durch eine Kreditausweitung schenken zu belasten und damit die wirkliche Lage nur zu verschleiern, anstatt sie gründlich zu bereinigen. Der Städtetag hat der Reichsregierung gegenüber seine bereits früher erhobene Forderung wiederholt, daß für die kommunalen Betriebe und für die kommunale Arbeitsbeschaffung im Rahmen des Regierungsprogramms Steuergutscheine zur Verfügung gestellt werden.

Dienstag Urteil in Leipzig

Leipzig, 22. Okt. Vom Hauptbureau des Reichsgerichts wird amtlich mitgeteilt: In den Klagesachen zwischen Preußen, Bayern, Baden und dem Reich ist Termin zur Verhandlung der Entscheidung auf Dienstag, den 25.

Oktober, um 12 Uhr mittags anberaumt. Die Sitzung findet wiederum im Hauptsaal des Reichsgerichts statt.

„Uneinig in seinen Stämmen“

23 Reichswahlvorschläge
Berlin, 23. Okt. Die Frist zur Einreichung der Reichswahlvorschläge ist am 23. Oktober abgelaufen. Beim Reichswahlleiter sind bis zu diesem Zeitpunkt insgesamt 23 Reichswahlvorschläge eingereicht worden. Ueber die Zulassung entscheidet der Reichswahlprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 25. ds. Mts.

Hitler spricht in Zwickau

Zwickau. Am Sonntag veranstaltete die NSDAP. in Zwickau eine große politische Kundgebung, bei der der Führer der Partei, Adolf Hitler, sprach. Bereits einige Zeit vor Beginn der Kundgebung hatten sich auf dem Schwanenschloßplatz und seiner Umgebung etwa 80 000 Menschen eingefunden, um Hitler zu sehen und sprechen zu hören. Da Hitlers Ankunft mit dem Flugzeug sich um etwa eine Stunde verzögerte, ergriff zunächst der Landesinspektor der NSDAP., Reichstagsabgeordneter Ruffmann, das Wort. Er griff die Regierung v. Papen scharf an und machte den Deutschnationalen den Vorwurf, der NSDAP. in den Rücken gefallen zu sein. Hitler besaßte sich in seiner einstündigen Rede fast ausschließlich mit der Haltung der NSDAP. zur Regierungsbildung, wobei er seine im wesentlichen bereits bekannten Gründe darlegte, wie ihn am 13. August davon abgehalten hätten, in die Regierung einzutreten. Die Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft werde ihren Zweck nicht erfüllen können. Hitler kam dann auf die Zersplitterung des politischen und wirtschaftlichen Denkens in Deutschland zu sprechen. Deutschland könne bei seiner gegenwärtigen Zersplitterung weder innen- noch außenpolitisch bedeutsames leisten. Allein die nationalsozialistische Idee, alle Schichten der Nation für dieselbe Sache zu gewinnen, könne das deutsche Volk zur Einheit führen. — Nach der Kundgebung trat Hitler die Weiterfahrt mit dem Flugzeug an. Zur Stärkung der Ruhe und Ordnung ist es nirgends gekommen.